

Chemnitzer Anzeiger

und Stadtbot.

Unparteiisches Tageblatt

für Chemnitz und die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Ebersdorf, Furth, Gablenz, Gläsa, Helbersdorf, Silberdorf, Rappell, Reustadt, Schönan.

Abonnementsbestellungen, vierteljährlich 125 Pf. (Banz. 40 Pf.), monatlich 42 Pf. (Banz. 15 Pf.), nehmen an die Verlags-Expedition u. Ausgabestellen in Chemnitz u. obigen Vororten. Außerhalb dieser Orte kann der Anzeiger nur b. d. Postanstalten — Postzettel-Liste 7. Nachtrag Nr. 1059 — (vierteljährlich 150 Pf.) bestellt werden.

Infektionspreis: die schmale (1spaltige) Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfennige. — Unter Eingeklämmt pro Zeile 30 Pfennige. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — Annoncen-Aufnahme für die nächste Nummer bis Freitag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittags.

Verlags-Expedition: Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).

Bekanntmachung.
Wegen Beschleßung der Auswanderstraße wird dieselbe auf die Strecke von der Reichstraße bis zum Verbindungswege „Hinter Peter's Bad“ vom nächsten Freitag, den 25. bis 28. April ab, bis auf Weiteres für allen Fahrverkehr gesperrt.
Während dieser Zeit haben alle Fuhrwerke durch die Straße „Hinter Peter's Bad“ zu fahren.
Chemnitz, am 22. April 1884.
Das Polizeiamt.
Siedbrat.

Wir bringen dies gelesener Vorschrift gemäß zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen jene Anlage bis längstens den 9. Mai laufenden Jahres bei uns anzubringen.
Die Frist ist für alle Einwendungen, welche nicht auf Privatverhältnissen beruhen, anzuwenden.
Die zur Beurteilung des Planes erforderlichen Unterlagen können im Rathhaus, links 2 Treppen, Zimmer 55, von Jedermann eingesehen werden.
Chemnitz, den 21. April 1884.
Der Rath der Stadt Chemnitz.
Anders, Oberbürgermeister.

Kunath, sämtlich in Chemnitz, die Firma August Fischer dabeist, von der bisherigen Inhaberin Frau Marie Emma verw. Fischer, geb. Deubner, zur Fortführung überlassen erhalten haben.
Chemnitz, am 18. April 1884.
Königliches Amtsgericht, Abtheilung B.
Rohr.

Bekanntmachung.
Auf dem an der Reichenstraße gelegenen Grundstück Nr. 1167 des Flurbuchs und Fol. 1400 des Grund- und Hypothekensuchs für die Stadt Chemnitz soll ein Siegelofen erbaut werden.

Im Handelsregister für den Stadtheft des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute an folgendem 465 verhandelt, daß die Kaufleute Herr Curt August Fischer, Herr Ernst Paul Fischer und Herr Ernst Emil Rudolf Wilde.

Im Auktionsloale des Justizgebäudes sollen Freitag den 25. April Vormittags 9 Uhr Möbel, Kleider, Kassen, Soden, Tisch, Winterdruck, Lodenstoffe, Regale, Bestellen, Uhren, Nähmaschinen, 1 Bierapparat, 1 großer Wagen, 1 Handwagen, Wagenräder u. v. a. Sachen zur öffentlichen Versteigerung gelangen.
Aktuar Berger, Gerichtsbescheider b. d. Rgl. Amtsgericht Chemnitz.

Tageschronik.
25. April.
1842. Bayst Benedikt XII. zu Avignon.
1585. Lazzaro Tasso gef.
1590. Cromwell geb.
1744. Celsius (Thermometer) gef.
1792. Kester Gebrauch der Quillstine zu Paris.
1822. Die Tärten der verfallenen Götter.
1850. Gründung des Deutschen Reichs.
1864. Ermahnung der Bonner Konferenz.
1876. Theaterbrand zu Rouen.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.
Vom 23. April.

Berlin. Die Kommission für den Gesetzentwurf betreffend den Heingeist von Gold- und Silberwaren begann die Generaldebatte, die heute noch nicht beendet ist. Es zeigt sich aber schon, daß an ein Zustandekommen des Gesetzes in der vorliegenden Form nicht zu denken ist.

Berlin. Der Reichstag überwiegt heute den Antrag auf Erwirkung einer Pension für alle im Reichsdienste zu Schaden gekommenen Militärpersonen resp. deren Hinterbliebenen, ohne Rücksicht auf das Dienstalter, ferner denjenigen auf die Reichsberechtigung der polnischen Sprache neben der deutschen vor den Gerichten der polnischen Provinzen, an die Kommissionen. Das Haus nahm ferner den Antrag an, welcher die Gewährung des Pensionanspruches auch für solche ehemalige Militärpersonen fordert, bei denen die im Dienste erlittenen inneren Beschädigungen erst nach Ablauf des Präklusivtermins für die Pensionansprüche hervorgetreten sind. Der Kriegsminister v. Bronsart erklärte hierbei, daß die Vorbereitungen zu der gewünschten Maßregel bereits im Gange und dem Abschlusse nahe seien. Morgen kommen die Pensionengesetze zur Beratung.

Paris. Die wegen Theilnahme an dem revolutionären Meeting vom letzten Sonntag verhafteten Ausländer Hanpe genannt Waldo und Bachner (ersterer ein Preuze, letzterer ein Oesterreicher) sind heute aus Frankreich ausgewiesen worden.

London. Nach einem Telegramme des „Standard“ aus Kairo ist die Stadt Berber fast vollständig von den Aufständischen umgeben, welche auch in großen Scharen den Weg nach Abu Hammed und Korosko besetzt halten. — In Kairo ist ein Kriegsrath abgehalten worden und General Wood befehligt die Vorbereitungen zur Absonderung von Truppen. Der Mahdi hat einen Vertreter mit einer Streitmacht abgefanbt, welche an einem Punkte in der Nähe Snehby's eine beherrschende Stellung einnimmt und die Verbindung mit Berber vollständig abgeschnitten hat. Der Mahdi hat auch Bolen an den Ulema von Berber gefandt und die sofortige Unterwerfung der Stadt verlangt.

Konstantinopel. Bei der Kronprinzinbildung der Kronprinzinnen-Paarcs vom Sultan, wobei der Kronprinz die außerordentliche Gastfreundschaft warm dankte, drückte der Sultan den Wunsch aus, die „Miramar“ möge auf der Rückfahrt von Brussa einen noch ganz kurzen Aufenthalt im Bosporus nehmen, damit er dem Kronprinzenpaar vor der päpstlichen Abreise desselben noch einen freundlichen Gruß senden könne.

Kraikau. Heute 2 Uhr Nachmittags schwebte ein Individuum gegen das Gebäude der hiesigen Polizeidirektion eine mit Dynamit gefüllte Petarde, welche unter heftiger Detonation explodirte. Viele Fenster scheiblen wurden zertrümmert. Der Attentäter selbst wurde schwer verletzt, stürzte ohnmächtig zusammen und wurde ins Spital gebracht. Das Attentat wird Anarchisten zugeschrieben. Der Attentäter ist ein Metallarbeiter, Namens Woleslau Wolanowski.

Kairo. Infolge einer Meldung des Bureau Reuters finden zwischen der ägyptischen und der englischen Regierung fortgesetzt Verhandlungen wegen eventueller Entsendung zweier Bataillone des ägyptischen Heeres nach Berber halt. Nach einem hier eingegangenen Briefe von Wiegler Pascha in Korosko ist es 3000 Personen gelungen, Kharium zu verlassen, bevor die Stadt von den Aufständigen vollständig eingeschlossen wurde. 600 Personen kamen in Korosko an und wurden nach dem Norden weiterbefördert. — Der Revolirte Ägyptens bei der Konferenz wird voraussichtlich Kum Pascha sein.

London, 24. April. Eine Depesche an den Daily-Telegraph aus Kairo meldet, der Gouverneur von Berber habe unterm 22. telegraphirt, die einzige Hoffnung zur Rettung der Garnison bestehe in der Übergabe. Man erwartet den Rebellenangriff in zwei bis drei Tagen.

Die innere Krise.
Keinem Politiker, ob Freund, ob Gegner der Regierung, kann es entgangen sein, daß das Deutsche Reich und zumal auch der Präsidialstaat desselben, Preußen sich in einer inneren Krise befinden, welche für das Reich eine parlamentarische und für Preußen eine Ver-

waltungs- und finanzielle Krise ist. Auf dem politischen Gebiete des Reichs hat der Kampf um die Verlängerung des Sozialistengesetzes und die verstärkte Opposition der jetzt verschmolzenen Fortschrittler und Sezessionisten die parlamentarische Krise angeht und auf dem inneren Preußens giebt der heftigste Rücktritt des Reichskanzlers von den preussischen Regierungsgeschäften und die Wiederherstellung des Staatsraths auf veränderten Grundlagentheilen Anlaß zu einer Krisis, bei welcher es sich allerdings weniger um wesentliche Änderungen im Bestande des preussischen Ministeriums als vielmehr um eine Lösung desselben in seiner Spitze von dem Reichskanzleramt und einer noch im Projekte befindlichen Vereinfachung der Regierungsgeschäfte durch den reaktivierten Staatsrath handeln dürfte.

Einzelheiten und Lösungen dieser Krisen sind indessen zur Zeit nur von dem Gebiete der Vermuthungen aus zu beurtheilen. Was wird die parlamentarische Krise erst dann werden, wenn der Reichstag seine Entscheidung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu fällen hat, was nächste Woche stattfinden dürfte. Bei der bekannten Stellung der Reichskanzler zu der Verlängerung dieses Gesetzes handelt es sich jetzt um Annahme oder Ablehnung dieses Gesetzentwurfs schlechthin und nicht etwa um eine verheißende Änderung des nur auf zwei Jahre zu verlängerten Gesetzes. Innerhalb dieser zwei Jahre will man dann prüfen und definitiv entscheiden ob das Sozialistengesetz geändert oder durch einige neue Paragraphen des Strafbuchgesetzes ersetzt werden soll. Höchstwahrscheinlich dürfte der Ablehnung des Sozialistengesetzes die Auflösung des Reichstags auf dem Fuße folgen und wir können schon in wenigen Wochen und mitten in einem heißen politischen Kampfe befinden.

Was die sogenannte Kanizerkrise und den Rücktritt des Fürsten Bismard von den preussischen Regierungsgeschäften und die Einschränkung seiner Thätigkeit auf die Leitung des Reichskanzleramtes anlangt, so darf wohl darauf hingewiesen werden, daß Fürst Bismard sein hiebzehnjähriges Lebensjahr angetreten hat und sich länger als zwei Jahrzehnte auf dem aufreibenden Posten des leitenden Ministers von Preußen und später Deutschlands befindet, also ein von der Kräfte geübter Schöner der Kräfte des Reichskanzlers wohl die natürlichste Erklärung für seinen Wunsch ist, von den preussischen Geschäften zurückzutreten und sich ferner nur noch dem Reichsdienste zu widmen. Die Unterstellungen, daß Fürst Bismard es mit seinem Rücktritte von preussischen Ministerium nicht ernst nehme, sind daher wohl nur willkürliche Erfindungen. Ein hiebzehnjähriger Minister, der dem Kaiser und dem Vaterlande in schweren Zeiten und nahezu ein Menschenalter dienste, soll, nachdem ihm in den letzten Jahren manchmal Krankheits- und Schwächezustände geplagt haben, nicht das Bedürfnis fühlen, seine Arbeitslast vereinfacht zu sehen? — Jeder Einsichtige dürfte wohl zugeden, daß man mit diesen Wünschen des Fürsten Bismard ernsthaft zu rechnen hat. Inwiefern diese Eventualität auch die Entwicklung unserer inneren Politik beeinflussen wird, muß freilich noch abgewartet werden, da über die Ministerveränderung und die Neubildung des Staatsrathes noch nichts Definitives bekannt ist.

Eine Konferenz der Großmächte über Ägypten.

Die heillosen Zustände in Ägypten und die Unfähigkeit der englischen Regierung, auf Grund der bestehenden Verträge in Gemeinschaft mit der Regierung des Khedive irgend welche Fortschritte in dem unglückseligen Nillande herbeiführen zu können, haben den englischen Premierminister Gladstone endlich veranlaßt, an die Kabinete der Großmächte anzuklopfen, und unter ihrer Theilnahme und Sanktion irgend welche Neuordnung für Ägypten zu erreichen. England selbst will schlauer Weise, auf der betreffenden in London zusammen zu tretenden Konferenz, nur die ägyptischen Finanzverhältnisse geordnet sehen, um sich für alle Eventualitäten der Zukunft die Hand frei zu halten. Thatsächlich haben nun aber auch die Westmächte der übrigen Großmächte, zumal Deutschland, Rußland und Oesterreich gar kein Interesse daran, eine allgemeine politische Lösung der ägyptischen Frage jetzt zu betreiben, es könnte dadurch leicht eine Verfestigung der gegenwärtigen Lage für die Erhaltung des Weltfriedens so günstigen Konstellation Europas eintreten. Fürst Bismard hat daher aus diesem Grunde erklärt, daß Deutschland nur dann an der Konferenz theilnehmen werde, wenn schon vorher unter den Großmächten vereinbart würde, daß die Konferenz sich nur mit der ägyptischen Finanzliquidation befassen werde. Freilich wird diese Vereinbarung trotzdem nicht verhindern können, daß bei den Konferenzverhandlungen die ganze Zukunft Ägyptens zur Sprache kommen wird und dürfte England zumal von Frankreich bittere Wahrheiten über Ägypten zu hören bekommen.

Neben England ist bekanntlich Frankreich die einzige Großmacht, welche wegen ihrer afrikanischen Kolonial- und Handelspolitik in Ägypten Lebensinteressen zu vertheidigen hat. Lange Jahrzehnte hindurch war ja auch Ägypten der Kulturheilth Französischer Unternehmungen und England hat sich erst durch List und Gewalt während der letzten Jahre seine bevorzugte Stellung in Ägypten geschaffen.

Sollten die Engländer im Nillande und dem Rothen Meer künftighin dominieren, so wäre der Handels- und Seemachtspolitik Frankreichs ein harter Feind ein angelegt. Da nun aber erst kürzlich der französische Premierminister erklärt hat, daß sich Frankreich als zweite Seemacht fühle und seine überseeischen Interessen zu vertreten wolle, so darf man sehr darauf gespannt sein, welcher Art die Erklärungen sein werden, die der französische Vertreter in der Londoner Konferenz der Großmächte über Ägypten abgeben wird. Wird Frankreich die gemeinschaftliche Oberverwaltung mit England über Ägypten wieder verlangen, wird es gar mit Repressalien drohen oder wird es bei einem papierenen Protekte bleiben? Klingt ist es jedenfalls, daß die leitenden Großmächte des Kontinents mit der allgemeinen Regelung der ägyptischen Frage jetzt nicht zu schaffern haben wollen, sondern nur im Interesse der europäischen Gläubiger Ägyptens in die heillos verpumpten Finanzen dieses Unglückslandes einige Ordnung zu bringen suchen werden, zumal es sich dabei darum handelt, Ägypten die Mittel zu schaffen, um einige der wichtigsten Forderungen zu decken. — Aus dem Sudan lauten jetzt die Nachrichten wieder sehr schlimm, die Aufständischen gewinnen Terrain und ist Osman Digma soll wieder 4000 Mann gefangen haben. Die Sudanfrage, welche absolut kein europäisches Interesse hat, wird indessen auf der Konferenz gar nicht zur Sprache gekommen. Da England den Aufständischen nur eine Diktion ertheilen wollte, Ägypten aber nicht die Kraft hat, Sudan zurückzuerobern, wird es hohe Zeit, daß man dieses Land sich selbst überläßt.

Politische Rundschau.
Deutsches Reich.

Der Kaiser erließte am Montag Nachmittag dem Fürsten Bismard wiederum eine längere Audienz und kann annehmen, daß es sich hierbei abermal um die mit dem Rücktritt des Fürsten Bismard aus dem preussischen Staatsministerium zusammenhängenden Fragen gehandelt hat. Daß der Kaiser nunmehr die Grundzüge für die Konstitution des Staatsrathes genehmigt hat und zur Zeit mit der Prüfung der die Details betreffenden Vorschläge beschäftigt ist, wird von den offiziösen „B. B. N.“ bestätigt. — Mit der am Dienstag erfolgten Wiederannahme der Arbeiten des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses sind die parlamentarischen Verhandlungen wieder zum Mittelpunkt des politischen Interesses geworden. Mit ungewöhnlicher Spannung wurde diesmal der Fortsetzung der Arbeit des parlamentarischen Apparates entgegenzusehen, denn der neubegonnene Sessionstabell soll ja in Reichstag wie Landtag wenigstens eine theilweise Lösung all jener Räthsel bringen, die sich während der letzten Zeit in unserer inneren Politik gebildet haben. Die ganze parlamentarische Situation wird aber vorläufig noch durch die Frage nach dem Schicksale der Sozialistengesetz-Vorlage beherrscht, hinsichtlich welcher spätestens die nächste Woche die Entscheidung bringen wird. Am Donnerstag ist die Reichstags-Kommission zur Vorberatung der Vorlage betr. die Verlängerung des Sozialistengesetzes wieder zusammengetreten und wird sich u. A. auch mit den Windthorst'schen Anträgen, die eine theilweise Milderung der zur Einziehung der sozialdemokratischen Bestrebungen bestehenden Verbote bezwecken, zu beschäftigen haben. Was nun die ersten Sitzungen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses nach der Osterpause anbelangt, so beschäftigt sich der erstere am Dienstag mit der zweiten Lesung der Novelle zum Hilfskassengesetz. Artikel 2a wurde mit dem Zusatz, wonach auf Antrag der Rassen die höhere Verwaltungsbehörde bei der Zulassung zugleich beschleunigen muß, daß das Statut den Vorschriften in § 75 des Krankenversicherungsgesetzes gemäß, weiter Artikel 8 mit dem Zusatz, wonach dezentralisirte Verwaltungsstellen einzurichten sind, welche die Berechtigung haben, Gelder bis zur halben Höhe des Jahresbeitrages selbstständig zu verwalten, genehmigt. Die übrigen Artikel bis Artikel 11 wurden nach den Kommissionsanträgen angenommen. Bei der namentlichen Abstimmung über den ersten Satz des § 33 (Art. 11) stellte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus, so daß die weitere Beratung der Vorlage vertagt werden mußte; am Mittwoch war „Schwermetall“. — Das preussische Abgeordnetenhause genehmigte in der Dienstags-Sitzung zunächst einige kleinere Gesetzentwürfe in dritter Lesung und verwarf hierauf in erster Lesung die Vorlage, betr. die Verstaatlichung der Berlin-Hamburger Bahn, der Bremischen Bahnen, der Tilsit-Insterburger Bahn und der Deiss-Schnefer Bahn an die Eisenbahn-Kommission. Der hierzu gehörige Nachtragartikel wurde der Budget-Kommission überwiesen und die Uebersticht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen pro 1882/83 für erledigt erklärt; zum Schluß wurden noch mehrere kleinere Gegenstände erledigt. — Der Reichskanzler Fürst Bismard empfing am Dienstag den Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Riquel, wodurch die Gerüchte über den Eintritt Dr. Riquel's in das preussische Ministerium wieder neue Nahrung erhalten haben. Einwas Räheres über diesen Besuch Riquel's beim Reichskanzler ist jedoch noch nicht bekannt. — Der bisherige dänische Gesandte in Petersburg, Kammerherr v. Wind, ist zum Befandten in Berlin ernannt worden. Zu seinem

